

Die Welthandelspolitik und Oesterreich-Ungarn.

Von

Heinrich Friedjung.

Unentziefbar, das wird mit jedem Tage deutlicher, ist der eine der Preise des Sieges der Mittelmächte, der in dem Anschlusse des nahen Orients besteht. Das gewaltige Stück der Erde von Belgrad über Konstantinopel und Bagdad wird nicht mehr von der politischen, militärischen und volkswirtschaftlichen Verbindung mit Mitteleuropa losgerissen werden können. Wie auch das Schicksal Polens und Belgiens werden möge: Konstantinopel und Sofia sind vor Unterjochung sicher, Serbien und Rumänien werden uns nicht mehr zu Schaden vermögen. Auch Wilson, dem so vieles an dem Gange der Dinge in Europa unverstänlich geblieben ist, wird das noch begreifen lernen.

Es wird die Sache einer klugen Handels- und Wirtschaftspolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sein, aus den sich eröffnenden Möglichkeiten die Tatsachen herauszuschöpfen. Die jüngst zwischen Deutschland und der Türkei geschlossenen Rechtsverträge sind ein Glied der Länder und Völker umschlingenden Kette. Zu den Sorgen der österreichischen Staatsmänner und Industriellen gehört die, ob die Handelspolitik der Monarchie künftig mehr für die Gewinnung der Märkte des Südboskens tun wird als vor dem Kriege. Unvergessen bleibt, wie die Absperrung der Grenzen gegen die Landwirtschaft Rumäniens und Serbiens diese Staaten der Reihe nach in einen handelspolitischen Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn getrieben hat.

Die Handelspolitik der Monarchie ist die wichtigste der Fragen, die in dem jeweilig zu erneuernden Handelsverträge zwischen Oesterreich und Ungarn zu lösen sind. Es ist nun ein erfreulicher Fortschritt, daß schon Ministerpräsident Graf Stürggh sich mit dem Grafen Tisza auf eine zwanzigjährige Dauer des künftigen Handelsvertrages statt der bisherigen zehnjährigen geeinigt hat. Dieser Gewinn erwuchs aus der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Steigerung der politischen Lebensgeister. Gewissermaßen als Preis für dieses Zugeständnis — obwohl der Vorteil der Befestigung der Monarchie beiden Staaten zugute kommt — verlangte Graf Tisza die Erhöhung mehrerer landwirtschaftlicher Zollsätze. In erster Linie stehen hierbei die Viehzölle. Damit war die ungarische Regierung beim Tode des Grafen Stürggh auch durchgedrungen. Dafür sollen gewisse prohibitiv wirkende Bestimmungen der Veterinärgeetze aufgehoben werden.

Mit der Uebernahme der Staatsleitung durch das Kabinett Körber änderte sich die Sachlage. Ministerpräsident von Körber hatte von vornherein erklärt, daß er sein Amt nur antreten könne, wenn Tisza zur Milderung gewisser Härten bereit sei. In bezug auf die Viehzölle drang Körber auf eine allmähliche stufenweise Erhöhung; so sollte erreicht werden, daß die Fleischpreise unmittelbar nach dem Weltkriege nicht auf ihrer unerschwinglichen Höhe bleiben müssen. Schon hatte er Tisza zu Unterhandlungen über diesen Gegenstand vermocht, als der Thronwechsel eintrat und die ungarische Königskrone vor der Tür stand. Dies wurde seitens des ungarischen Ministeriums benützt, um auf den unverweilten Abschluß des Ausgleichs nach den mit Stürggh verabredeten Grundlagen hinzuwirken. Graf Tisza stellte vor, es werde die beste Wirkung machen, wenn die Königskrone und der Abschluß des Ausgleichs fast auf den Tag zusammenfielen. Herr v. Körber wurde vor die Wahl der sofortigen Annahme des Ausgleiches oder des Rücktrittes gestellt. Er schwankte nicht einen Augenblick, da ein Staatsmann seines wohlverdienten Rufes nicht von heute auf morgen von seinem wohlwogeneren Entschlusse abgehen konnte. Die ungarische Regierung nahm an, daß in Oesterreich ein Uebergangsministerium gebildet werden würde, unter dem der Ausgleich sofort unter Dach käme.

Die Sache kam aber anders. Dr. von Spitzmüller, zur Bildung des Uebergangsministeriums in Aussicht genommen, stellte sich zwar mit Selbstverleugnung für die undankbare